



Beate Müller-Gemmeke
Mitglied des Deutschen Bundestages

Reisebericht 12. EGB-Kongress in Athen

Vom 15. bis 18. Mai habe ich den 12. EGB-Kongress in Athen besucht, um mich vor Ort in einer Vielzahl von Gesprächen und Diskussionsrunden über wichtige gewerkschaftliche Themen und Positionen zu informieren. Der Hauptteil des Berichts widmet sich dem Kongress, den dort diskutierten Themen und den auf dem Kongress geäußerte Meinungen verschiedener Vertreter/innen aus Gewerkschaften, Politik und Wissenschaft. Am Ende des Berichts gebe ich meine Eindrücke aus drei Gesprächen mit Vertreter/innen der Gewerkschaften aus Irland, Portugal und Griechenland wieder.

Vorbemerkungen

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB, englisch ETUC für European Trade Union Confederation) vertritt 82 nationale Gewerkschaftsbünde aus 36 Ländern mit insgesamt 60 Millionen Mitgliedern. Als Vertreter der europäischen Arbeitnehmer/innen ist der EGB direkt an den europäischen Gesetzgebungsverfahren beteiligt. Er kann zusammen mit den europäischen Arbeitgeberverbänden Vereinbarungen abschließen und Initiativen begründen. Auf Beschluss des Rats und des Europäischen Parlaments können diese Rechtsstatus erlangen.

Der EGB veranstaltet in einem vierjährigen Turnus Kongresse, um über die Ausrichtung der europäischen Gewerkschaftspolitik zu beraten. Der Kongress wählt zudem neben den Mitgliedern des Exekutivkomitees auch den Präsidenten bzw. die Präsidentin des EGB. Unter dem Motto *"Mobilising for social Europe"* hat der 12. EGB-Kongress vom 16. bis 19. Mai in Athen stattgefunden. Vier Tage debattierten 500 Delegierte aus 36 Mitgliedsländern. Ich war eingebunden in die 26-köpfige DGB-Delegation. Am Ende des Kongresses stand die Verabschiedung des „Athener Manifests“. Im Manifest sind die zwanzig wichtigsten Punkte zusammengefasst, mit denen sich die Gewerkschaften gegen die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise, gegen rigide Sparkonzepte und Beschäftigungsabbau stemmen.

Ich bin zu dem Kongress gefahren, um diesen zu beobachten, mich über aktuelle gewerkschaftliche Themen und Positionen zu informieren, Vertreter/innen der verschiedenen europäischen Gewerkschaften kennenzulernen und um ihre unterschiedlichen Anliegen besser einschätzen zu können. Neben dem eigentlichen Kongress habe ich an Empfängen der Friedrich Ebert-Stiftung und der griechischen Gewerkschaften teilgenommen. Intensiv verfolgt habe ich die Debatte zum „Athener Manifest“ und die

tiefergehenden Fachdiskussionen an den „Runden Tischen“ über spezifische Themen und zu einzelnen Aspekte des Manifests. Parallel habe ich Einzelgespräche mit Vertreter/innen der Gewerkschaften aus Griechenland, Portugal und Irland geführt, um mehr über die Situation in den Ländern zu erfahren, die Hilfen aus dem EU-Rettungsschirm benötigen.

Der Kongress und das „Athener Manifest“

Vor der Verabschiedung des „Athener Manifests“ wurde dieses Kapitel für Kapitel im Plenum diskutiert. Im Zentrum des Kongressgeschehens standen Themen wie die künftige wirtschaftliche Steuerung der EU, die Regulierung der Finanzmärkte, der Erhalt bzw. die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten, der weitere Ausbau des europäischen Sozialmodells oder die Wiederbelebung des Sozialen Dialogs. Themen wie – „Die Arbeitnehmer/innen zahlen den Preis für die Finanzkrise – Was sind die Alternativen“ und „Nehmen Ungleichheiten in der EU zu und welche Auswirkungen hat die Krise?“ wurden an „Runden Tischen“ mit Vertreter/innen verschiedener Institutionen und Länder herausgehoben und intensiv debattiert.

Die „Runden Tische“

Runder Tisch: „Die Arbeitnehmer/innen zahlen den Preis für die Finanzkrise – Was sind die Alternativen?“ (Moderation: Vivienne Radermacher-WDR)

Am ersten „Runden Tisch“ nahm von deutscher Seite Frank Bsirske (ver.di,) teil sowie Susanna Camusso (CGIL, Italien), Herr O’Connor (ICTU, Irland) und Prof. Stuart. Frank Bsirske (ver.di, Deutschland) wies zu Beginn der Diskussion auf die niedrige Lohnentwicklung in Deutschland hin und dass Deutschland rund 40 % seiner Exporte im Euro-Raum abwickele. Jetzt solle das deutsche System auf ganz Europa übertragen werden. Dies sei aus seiner Sicht ein Fehler. Einhellig bestand die Meinung, dass eine Regulierung der Finanzmärkte notwendig sei. Wenn Banken gegen Staaten spekulieren können, sei dies paradox.

Bsirske (ver.di, Deutschland) plädierte grundsätzlich für „mehr Europa – aber anders“. Für Susanna Camusso (CGIL, Italien) bedeutet der neue Stabilitätspakt aber eher eine neue Verunsicherung und aus ihrer Sicht bröckele das Vertrauen in die EU. Laut O’Connor (ICTU, Irland) sei das Ziel Europas, „Wohlstand für alle“ zu schaffen. Die Sparprogramme brächten aber Probleme mit sich und könnten zur Spaltung Europas führen. Er wies auch noch einmal darauf hin, dass die Menschen und ihre Situation bei der Rettung des Finanzsystems im Vordergrund stehen müssen. Harsche Kritik übte Prof. Stuart. Er führte aus, dass der Stabilitätspakt keine wirkliche Stabilität bringe. Notwendig seien Euro-Bonds und ein europäischer „New Deal“. Die Schulden sollten durch Gewinne im Aufschwung zurückgezahlt werden. Dafür seien aber zunächst gezielte Investitionen notwendig.

Die Diskussion wurde emotional geführt. Die Betroffenheit war zu spüren. Interessant war, dass bei den Vertreter/innen der unterschiedlichen Ländern viel Übereinstimmung herrschte. Die Meinung der Gewerkschafter/innen deckte sich auch mit der Kritik, die wir Grünen in der deutschen Diskussion üben und insbesondere die vorgetragenen Lösungsmöglichkeiten von Prof. Stuart decken sich grundsätzlich mit unserer grünen Programmatik.

Runder Tisch: „Nehmen Ungleichheiten in der EU zu und welche Auswirkungen hat die Krise?“ (Moderation: Geoff Meade, Press Association)

Es nahmen teil: Kommissar Andor (Europäische Kommission), Gloria Mills (EGB Frauen-Ausschuss), Herr Weber (CFDT, Frankreich) und Herr Mendez (UGT-E, Spanien). Kommissar Andor wies zu Beginn auf die großen Disparitäten in Europa hin. Außerdem seien rund 64 % der Bürger/innen unzufrieden aufgrund ihrer schlechten finanziellen Situation. Die Ungleichheiten zwischen den Mitgliedsstaaten würden zunehmen. Beispielhaft nannte Kommissar Andor, dass das Einkommen in den Niederlanden etwa fünfmal so hoch sei wie in Rumänien. Frauen verdienen 17,5 % weniger als Männer. Bei der Lohnentwicklung zeichne sich ab, dass es Zuwächse bei hohen Löhnen gebe und niedrige Löhne nur geringe Zuwächse zu verzeichnen hätten. Ein Beispiel für diese Entwicklung sei Deutschland.

Gloria Mills (EGB Frauen-Ausschuss) konstatierte, dass die Krise Frauen und Männer unterschiedlich treffe. Kürzungen würden vor allen Dingen Frauen treffen und dies häufig im öffentlichen Dienst. Damit würden die existierenden Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen noch weiter verschärft. Dies sei nicht fair. Eine Finanztransaktionssteuer könne Armut verhindern. Weber (CFDT, Frankreich) ergänzte, dass vor allem auch junge Menschen Opfer der Krise seien. Die Einschnitte beeinträchtigten ihre gesamte Biografie. Notwendig sei mehr und bessere Arbeit. Kritik an der Kommission kam von Mendez (UGT-E, Spanien), die ihren Worten keine Taten folgen ließe und stattdessen noch die Ungleichheiten durch ihr Handeln vergrößere. Generell verschärfe das Wachstumsmodell die Ungleichheiten.

Mein Eindruck aus der Diskussion war, dass die Auswirkungen der Krise verheerend sind und es wurde bestätigt, dass insbesondere Frauen und junge Menschen davon betroffen sind. Auffallend war, dass Kommissar Andor sich auf das Konstatieren der Fakten beschränkt hat, aber in keiner Weise Lösungen angesprochen hat. Es war spürbar und zwar zu Recht, dass sich die anwesenden Gewerkschafter/innen konkrete Aussagen gewünscht hätten. Die Kommission darf nicht nur analysieren, sie ist in der Pflicht mehr zu bewegen.

Runder Tisch: „Welche Zukunft? Europäische Industrie, nachhaltige Jobs, Kampf gegen prekäre Beschäftigung“

Es nahmen teil Herr Duda (NSZZ Solidarnosc, Polen), Frau Demelenne (FGTB, Frankreich), Frau Knuppert (LO-D, Dänemark), Herr Eckelmann (DGB, Deutschland) und Herr Lamberts (European Greens). Dieser Runde Tisch zeigte einen Dissens, denn Duda (NSZZ Solidarnosc,

Polen) sagte, dass man in Polen das Klimapaket ablehne. Ohne Kohle würden Arbeitskräfte verloren gehen. Die Wirtschaft in Polen sei von Kohle abhängig und aus diesem Grund sei das Klimapaket unsolidarisch. Er stand aber mit seiner Bewertung alleine. Meiner Meinung nach braucht Polen Unterstützung. Es müssen für Polen Alternativen aufgezeigt werden.

Demelenne (FGTB, Frankreich) sprach sich dafür aus, Wachstum nicht nur auf Gewinne auszurichten. Es gelte vor allen Dingen nachhaltige Arbeitsplätze zu schaffen. Dafür seien Investitionen in Forschung und Ausbildung nötig. Eckelmann (DGB, Deutschland) sah die EU in der Lage einen Strukturwandel zu vollziehen. Für einen Strukturwandel müssten aber auch die Rahmenbedingungen stimmen. Strukturprogramme sollten durch zusätzliche Abgaben auf hohe Vermögen finanziert werden. Im Mittelpunkt müsse ein qualitatives Wachstum stehen, welches sich nach den Bedürfnissen der Arbeitnehmer/innen richtet und nicht ausschließlich nach den Interessen der Wirtschaft. Die Wirtschaft solle klimafreundlicher werden, CO₂ einsparen und Entwicklungschancen nutzen. Auch Knuppert (LO-D, Dänemark) plädierte dafür neue, grüne Arbeitsplätze zu schaffen. Dazu sei ein Investitionsprogramm in Verkehr und Gebäudesanierung notwendig.

Lamberts (European Greens) kritisierte, dass es keine „Roadmap“ in Europa gebe. Das kurzfristige Denken sei aber ein Fehler. Aus seiner Sicht sei auch das europäische „Finanzkasino“ noch geöffnet. Die wirtschaftlichen Prozesse müssten umstrukturiert werden und die Herausforderungen seien es, gute Arbeit zu schaffen und die Ressourceneffizienz zu steigern. Qualitatives Wachstum mit neuen Technologien sei notwendig.

Gewerkschaften wird oft unterstellt, dass sie nur Lobbyisten der Arbeitnehmer/innen seien und wirtschaftliche Entwicklungen behindern. Mein Fazit dieser Diskussion ist es aber, dass genau das Gegenteil der Fall ist. Bis auf die Meinung aus Polen wurden innovative Vorschläge unterbreitet, insbesondere Investitionen in den Klimaschutz, die Europa wirtschaftlich voran bringen. Die Gewerkschaften haben die Zeichen der Zeit erkannt.

Das „Athener Manifest“

Im letztendlich verabschiedeten „Athener Manifest“ wurden die wichtigsten Punkte zusammengefasst, mit denen die europäischen Gewerkschaften gegen die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise, gegen rigide Sparkonzepte und Beschäftigungsabbau vorgehen wollen. So wollen sich die europäischen Arbeitnehmerverbände aktiv für qualitatives Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und ein belastungsfähiges europäisches Sozialmodell einsetzen. Sie fordern die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die Harmonisierung der Besteuerungsgrundlagen und obligatorische Mindeststeuersätze für Unternehmen sowie die Auflage von EURO-Anleihen. Der EGB fordert durchgreifende Regeln zur Kontrolle der Finanzmärkte und der privaten Ratingagenturen, die Schließung von Steuerparadiesen und die Unterbindung von überzogenen Managergehältern und zu Unrecht gewährten Bonuszahlungen und Abfindungen.

Zu großen Teilen spiegelt das „Athener Manifest“ grüne Programmatik wider. Insbesondere die Regulierung des Finanzmarkts und der Kampf für angemessene Löhne und Sozialstandards decken sich mit unseren Zielen. Aus grüner Sicht besonders hervorzuhebend ist die Absicht mit den europäischen Arbeitgebern gemeinsame Initiativen für grüne Arbeitsplätze zu beginnen und Konzepte für eine nachhaltige Industriepolitik, Bildung und Ausbildung zu entwickeln. Ebenso wird in Punkt 10. des Manifests die Absicht der Gewerkschaften festgeschrieben, einen aktiven Beitrag zur Steuerung eines gerechten Übergangs zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft zu leisten.

Mit dem „Athener Manifest“ haben sich die europäischen Gewerkschaften trotz aller Unterschiede und unterschiedlichen Problemlagen auf eine gemeinsame Forderung nach einem sozialen Europa verständigt. Das Manifest ist diesem Bericht als Anlage beigefügt.

Gespräche mit Gewerkschaften der Rettungsländer

Irland, Gespräch mit Jack O'Connor, Präsident der ICTU

Die Ausführungen zeigten, nicht das Finanzdefizit des irischen Staates hat zu Problemen geführt, sondern die Zahlungsunfähigkeit der Banken, also die Finanzkrise. Die Situation in Irland wurde wie folgt dargestellt: Die Exporte laufen gut, im IV. Quartal 2010 waren sie sogar höher als vor der Krise. Durch das Sparpaket seien aber die Nachfrage und die Binnenkonjunktur eingebrochen. Bisher lag die Sparquote in Irland bei 2,7 % und beträgt nun 13 %. Das Investitionsvolumen ist ebenfalls eingebrochen von 46 Mrd. (2007) auf heute 19 Mrd. Eine der Folgen ist, dass die Zahl der Erwerbstätigen deutlich gesunken ist und die Arbeitslosenquote von 4,3 % auf 14,5 % gestiegen ist. Jack O'Connor forderte einen längeren Zeiträumen für die Rückzahlung und niedrigere Zinsen.

Griechenland, Gespräch mit Georges Dassis, Präsident der Interessengruppe der Arbeitnehmer/innen im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und Zoe Lanara-Tzotze, Sekretärin für internationale Beziehungen der G.S.E.E. (Griechischer Gewerkschaftsbund)

Meine griechischen Gesprächspartner berichteten mir über Lage rund ein Jahr nach dem ersten Rettungspaket. Die Sparauflagen seien aus ihrer Sicht schwierig und verheerend. Hohe Zinsen belasten die Konjunktur und die Besonderheiten der griechischen Strukturen und Wirtschaft würden nicht beachtet. Dadurch verschärfe sich die Rezession. Es entstünde ein Teufelskreislauf.

Konkret bedeutet dies, dass es Lohneinschnitte vor allem bei mittleren und kleinen Einkommen gab und die direkten sowie indirekten Steuern wie bspw. die Mehrwertsteuer erhöht wurden. Dies lasse die Nachfrage einbrechen und vor allem kleine und mittlere Unternehmen leiden und der Entwicklung. Bis 2012 wird in Griechenland eine Arbeitslosenquote von 22 % erwartet. Die Gewerkschaften sind aber nicht unkritisch. Es sei in der Vergangenheit zu viel Geld ausgegeben worden und korrupte Politiker und Beamte

haben ihren Teil zur griechischen Krise beigetragen. Steuern und Sozialversicherungsbeiträge wurden massiv hinterzogen. Probleme bereiten die hohen Zinsen und die Not leidende Wirtschaft.

Portugal, Gespräche mit Graciete Cruz, Sekretärin für internationale Beziehungen der CGTP, Wanda Guimarães, Sekretärin für Internationales der UGT und João Proença, Generalsekretär der UGT

Meine Gesprächspartner führten aus, dass die portugiesische Volkswirtschaft seit zehn Jahren stagniere. Aktuell gebe es das dritte Stimulationsprogramm in wenigen Monaten. Der IWF rechnet damit, dass die portugiesische Wirtschaft in 2011 und 2012 um jeweils 2 % schrumpfen wird. Vor fünf Jahren lag die Arbeitslosenquote bei 5 % jetzt liegt sie bei 13 %. Monatlich gingen 100 kleine und mittlere Unternehmen bankrott. Um die Verschuldung des Staates zu senken, gab es Einschnitte bei den Sozialleistungen. Kritisch wurde von Seiten der Gewerkschaften angemerkt, dass die Schattenwirtschaft rund 25 % der portugiesischen BIP ausmache und diese natürlich keine Steuern zahlen und so den Wettbewerb verzerren. An der EU wurde kritisiert, dass die strikte Anwendung der gleichen Regeln bei allen Ländern falsch sei. Die unterschiedlichen Ausgangslagen müssten in die Überlegungen und Maßnahmen einfließen. Auch die portugiesischen Gewerkschaften forderten längere Laufzeiten für die Rückzahlungen der Schulden, niedrigere Zinssätze und Konjunkturprogramme im produktiven Bereich (z.B. Fischerei/ Landwirtschaft/ Industrie).

Die Gespräche mit den portugiesischen Gewerkschaften fanden an dem Tag statt, an dem die Aussagen von Bundeskanzlerin Merkel über die Arbeitszeit der Südländer bekannt wurden. Merkel mahnte, dass die Südländer länger arbeiten müssten. Die Reaktionen auf diese öffentlichen Aussagen waren heftig. Meine Gesprächspartner waren einerseits betroffen, aber vor allem auch verärgert. Die Aussagen wurden als falsch zurück gewiesen und zudem wären aufgrund der immer länger werdenden Lebenserwartung bereits Reformen aufgelegt.

Die Gespräche mit den Gewerkschaften der drei Länder, die den Rettungsschirm in Anspruch nehmen müssen, haben mir ein detailliertes Bild über die Situation in den Ländern vermittelt. Die Aussagen bestätigen, dass insbesondere die sozial unausgewogenen Sparpakete die Länder in eine Rezession treiben und damit die Situation nicht verbessert wird sondern im Gegenteil die Chancen für eine Haushaltskonsolidierung sich verschlechtern. Vor allem aber gehen die Sparpakete insbesondere zu Lasten der Menschen. Das notwendige Wirtschaftswachstum wird ohne eine Binnenkonjunktur nicht erreicht. Auch die kurzen Laufzeiten und hohe Zinsen der Kredite sind kontraproduktiv und führen dazu, dass immer weitere Unterstützungsleistungen notwendig werden. Nur sozial ausgewogene Reformen, Investitionen und Eurobonds können die Lage in den Ländern verbessern.

Insgesamt hatte ich den Eindruck, dass die Stimmung in den Ländern sehr schlecht ist. Die Menschen sind frustriert und sehen keinen Ausweg aus der Krise. Das Vertrauen in die EU und insbesondere auch in Deutschland schwindet.